

Der Gesellschaft

Amts- und Anzeigebblatt für

den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feststunden“, „Unser Heimat“, „Die Woche vom Lager“.

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Frachtposten 1.00; Einzelnummer 10 Pfennig. Erscheint an jedem Freitag. Druck und Verlag von W. D. Baier (Joh. Karl Baier) Nagold, Marktstraße 14



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 Spalte 200,- 2 Spalten 150,- 3 Spalten 100,- 4 Spalten 75,- 5 Spalten 60,- 6 Spalten 45,- 7 Spalten 35,- 8 Spalten 25,- 9 Spalten 20,- 10 Spalten 15,- 11 Spalten 12,- 12 Spalten 10,- 13 Spalten 8,- 14 Spalten 6,- 15 Spalten 5,- 16 Spalten 4,- 17 Spalten 3,- 18 Spalten 2,- 19 Spalten 1,- 20 Spalten 0,50,-

Telegr.-Adresse: Gesellschaft Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Verlagsort: Stuttgart 5118

Nr. 66

Gegründet 1827

Freitag, den 20. März 1931

Preis pro Nummer 10 Pfennig

105. Jahrgang

Politische Wochenschau

Moskau liebäugelt hinter dem Rücken seines Parteiprogramms mit seinem Feinde „Kapitalismus“ / Soll man es wagen? / Das Ziel muß erreicht werden! / Von einem bekannten und immer wiederkehrenden Ruhm: Und willst du nicht mein Bruder sein...! / Wieder eine Sozialversicherung in der Klemme / „Italien strebt nach dem Frieden der Wahrheit“

Die Regierung in Moskau hatte unsere Industriellen zur Besichtigung der Betriebe in der Hauptstadt und in Umgebung eingeladen. Sie sollten zu Hause die Kreditwünsche befragen. Es handelt sich um 200 bzw. 500 Millionen Mark, welche die Russen zur Finanzierung ihrer Nachbestellungen, namentlich von Werkzeugmaschinen, Fabrikeinrichtungen, Röhren usw. brauchen. Selbstverständlich werden die deutschen Lieferanten nur dann mit der Sache sich befassen, wenn bei der Vergabe der Aufträge Vorauszahlungen bzw. Baranzahlungen geleistet und eine Reichsbürgschaft gewährt wird.

Eine Entscheidung hierüber ist in Berlin noch nicht getroffen worden. Einstweilen haben jene Industriellen bei der Regierung über das Geschehene und gehörte Bericht erstattet. Die Ansichten über das zu tätige „Russen-geschäft“ gehen weit auseinander. Die einen raten dringend ab. Es sei, meint die „Germania“, bei einem so einheitlich organisierten Zwangssystem wie dem Sowjetrussland unmöglich, Politik, Wirtschaft und Kultur zu trennen. Die anderen raten ebenso dringend zu. Man müsse froh sein, wenn man in Russland Geschäfte machen könne. Und wenn es die Deutschen nicht tun, so werden es die anderen Staaten machen. Namentlich Amerika, von wo aus auffallend viele Maschinen nach Sowjetrussland eingeführt würden.

Stalin selbst legt den größten Wert auf die Geschäfte. Sie hängen zusammen mit dem Fünfjahresplan des Sowjetregimes, der um jeden Preis bis 1933 durchgeführt werden soll. Dieser Plan ist zweifellos arbeitsintensiv in seinem Umfang. Sein Ziel ist die möglichst vollständige Unabhängigkeit Russlands von der Wirtschaft des kapitalistischen Auslands. Die Industrieproduktion soll jährlich um 20 bis 25 v. H. wachsen und innerhalb der Fünfjahresfrist auf das Dreieinhalbfache bzw. Zweieinhalbfache gebracht werden. Ebenso soll die landwirtschaftliche Erzeugung eine Erhöhung auf das Zweieinhalbfache erfahren, das Volkseinkommen verdoppelt werden. Hierzu ist eine Kapitalaufwendung im Betrag von 86 Milliarden Rubel erforderlich. Sie werden teilweise aus Steuern, teils aus Zwangsanleihen der Bevölkerung und zu etwa ein Fünftel aus dem Reingewinn der Wirtschaft aufgebracht. Letzteres ist aber nur möglich, wenn die Ergebnisse der Arbeit eine stärkere Steigerung erfährt als der Lohn. Der Russe darf also nach Durchführung des Plans noch nicht einmal die Hälfte dessen verbrauchen, was der Deutsche heute verbraucht. Kurz: Der Fünfjahresplan wird auf Kosten der Lebenshaltung des Arbeiters durchgeführt.

Und nun zu unserem Reichstag. Die Regierung hat es wahrlich nicht leicht, seit die nationale Opposition ausgearbeitet ist. Dr. Brüning muß immer mit der Linken verhandeln, wenn er etwas mit dem „Rumpfreichstag“ durchsetzen will. Ab und zu muß er auch etwas Unlieb-sames in Kauf nehmen. So die Einfuhr von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch. Daß darüber die Landwirte nicht absonderlich erheitert sind, versteht sich von selbst. Ebenso über das jüngst angenommene Genier Handelsabkommen. Dieses verpflichtet Deutschland, auf ein Jahr seinen Handelsvertrag zu kündigen, auch dann nicht, wenn die Rat und was zwingen sollte, unsere Schutzvorteile auf die Einfuhr irgend eines Erzeugnisses zu erhöhen. Während die Staaten um uns her, namentlich Amerika, England, und Frankreich ihre zinslosen Schutzkollomauern alle Augenblicke ausführen, sollen wir mit gebundenen Händen unsere nationale Wirtschaft einer übermächtigen Konkurrenz ausliefern. Freilich, die Industrie nimmt wieder einen anderen Standpunkt ein. Sie ist im Interesse eines guten Ab-schlusses für möglichst weitgehenden Zollabbau. Auch hier ist es eine Kunst, allen Seiten recht zu tun. Der Reichs-rat hat nun bezüglich der Gefrierfleisch-einfuhr aus der Verlegenheit geholt, indem er gegen den Beschluß der Reichstagsmehrheit Einspruch erhob. Dieser Beschluß ist damit praktisch hinfällig, denn um ihn wiederherzustellen bedürfte es jetzt der sogenannten qualifizierten Mehrheit im Reichstag, die nicht möglich ist. Das internationale Handelsabkommen aber ist von der völkerverbindlichen dritten Zollfriedenskonferenz in Genf selbst unter Vorantritt Englands zu Grabe getragen worden, weil Frankreich nicht daran denkt, von seinen Schutzvorteilen das geringste zu opfern und weil die englische Regierung im Begriff ist, die englischen Schutzvorteile noch weiter auszubauen. Das Spekulative an der Geschichte ist nur das, daß es 1929 gerade der gegenwärtige englische Handelsminister Graham gewesen ist, der die 1927 von Stresemann und Briand in Genf in flammenden Reden gepriesene „europäische Zukunft“ auf dem Gebiet der Handelspolitik eingeleitet hat. „Wer weiß, was er gewollt?“ Dunkel sind eben die Pläne der Diplomatenpolitik.

Das politische Treiben scheint allmählich lebensgefährlich zu werden. So kann es nicht mehr weiter gehen. Wohin würde es führen, wenn der parteipolitische Kampf mit der Nordwaffe ausgetragen würde? Den täglichen Ueberfällen

und Schlägereien muß ein Ende gemacht werden. Eine Konferenz der Innenminister des Reichs und der Länder hat sich geeinigt, vorläufig strengere Maßnahmen zu treffen, von denen man nur wünschen muß, daß sie Erfolg haben, aber auch, daß sie gerecht angewandt werden.

Unsere Sozialpolitik bringt jeden Tag neue Sorgen. Nicht nur, daß die Arbeitslosigkeit, unter der heute etwa 5 Millionen deutsche Arbeiter und Angestellte leiden, kaum merklich zurückgehen will, sondern auch die Knappheitsversicherung hat sich mit einem Fehlbetrag von 100 Millionen gemeldet. Unsere Bergleute beziehen Invalidenrente und Knappheitspension. Hundert-tausende von ihnen, die so wie so an einem schweren Los tragen, sind zudem auch arbeitslos, und bei der kritischen Zuspitzung der Lage der rheinisch-westfälischen Industrie ist zu befürchten, daß es noch schlimmer wird. Reichsarbeits-minister Dr. Siegel wird auch diese Versicherung „sanieren“. Dabei soll das Reich die Hälfte des Abkommens tragen. Kann natürlich nur eine vorübergehende Hilfsmah-nahme sein. Alle diese Versicherungen müssen — das muß unerbittlich Grundlag sein — sich selbst tragen. Eine Sozialpolitik, die immer noch Staatshilfe ruft, ist in sich ungesund. Sie entbehrt der Selbstverantwortlichkeit, ohne welche kein Unternehmen gedeihen kann.

Und nun noch ein Blick nach Italien. Der „Vati-can-Rom“, den wir in der letzten Wochenschau ein-gehend behandelt haben, hat nicht überall eitle Freude und Zustimmung ausgelöst. In Washington hat man ein Härtchen in dieser Suppe gefunden, und es ist sehr zweifelhaft, ob Amerika dem Abkommen beitrifft. Ja, man

Tagespiegel

Nach einer Mitteilung des komm. Abg. Rippberger im Reichstag hat der im Leipziger Prozeß verurteilte Ulmer Reichswehrleutnant a. D. Scheringer aus dem Gefängnis bekanntgegeben, daß er von der nationalsozialistischen zur kommunistischen Partei übergetrete.

Die Schiffbrüchigen des Robbenfangschiffs „Widling“ auf der Hors-Insel (Neufundland) sind der Gefahr des Verhungerns ausge-setzt, da die Hilfschiffe wegen des Eises nicht an die Insel herankommen können.

Könnte fast fürchten, daß durch daselbe das Londoner Drei-mächteabkommen gelöst werde.

Nun, das kann uns Deutsche nicht weiter bekümmern. Aber etwas anderes. Der Post von Rom mußte in uns das unangenehme Gefühl erwecken, als ob auch dieser Aus-gleich auf dem Rücken Deutschlands aufstandekam, daß also nicht nur die bereits angebahnte Annäherung zwischen Deutschland und Italien wieder hinfällig geworden, sondern auch, daß die von Mussolini ausgegebenen Hoffnungen nach Revision von Versailles und nach Ab-rückung zu Lande wieder begraben seien. Hierüber hat uns eine Rede des italienischen Außenministers Grandi, die er vor ein paar Tagen in Rom — und sicher-lich im Sinne seines großen Herrn und Meisters Musso-lini — gehalten hat, einigermaßen beruhigt. Er will nichts von „Staatenbünden und militärischen Bündnis-systemen“ (ein deutlicher Seitenblick auf Paris!) wissen. Was Italien wolle, sei vielmehr Gleichheit, internationale Gerechtigkeit, Vermeidung der kriegerischen Rüstungen, Beherrschung der Wirtschaftsverhältnisse nach anderen Kontinenten — also kein Militarismus. Das Wort vom sacro egoismo kann uns heute nicht mehr genügen; unser Atem, unser Horizont hat sich erweitert... Italien strebt nach dem Frieden der Wahrheit. — Bravo! Hoffentlich läßt es sich nicht wieder von dieser Linie abdrängen! W. H.

Die Sozialdemokratie übt Stimmenthaltung

Aus tödlicher Feindschaft gegen den Faschismus

Berlin, 19. März. Das Ergebnis der gestrigen Be-sprechungen beim Reichsfunkler wird vom „Vorwärts“ da-hin zusammengefaßt, daß die Sozialdemokraten im Voll-reichstag wieder, wie im Ausschuss bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer B, sich der Stimme enthalten und so die Annahme ermöglichen werden. Sie erwarten aber auch, daß die Regierung billigen Forderungen der Sozial-demokratie entgegenkommen und sich nicht auf den „Juta-mentsstandpunkt“ stellen werde. Was die Sozialdemokratie tue, tue sie aus tödlicher Feindschaft gegen den „Faschismus“, der ihr gefährlichster Feind sei und der sonst sicher über Deutschland triumphieren würde.

Abwehr gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag

Berlin, 19. März. Die Staatspartei hatte im Reichstag dieser Tage gefordert, daß der deutsch-polnische Handelsver-trag noch im Lauf des gegenwärtigen Tagungsabschnitts des Reichstags angenommen werden müsse. Dazu schreibt der nationalsozialistische Parlamentsdienst: Der Votenver-trag würde gegen die Ostmark und die deutsche Landwirt-schaft ein geradezu vernichtender Schlag sein und das ganze Agrarprogramm der Reichsregierung wertlos machen. Sollte der Vertrag tatsächlich sehr zur Abstimmung gebracht wer-den, so würden sämtliche 151 abwesenden Abgeordneten der nationalen Opposition zu dieser Abstimmung im Reichstag erscheinen, um diese Gefahr von der deutschen Landwirtschaft abzuwenden.

Wie verhandelt, beabsichtigt die Regierung nicht, den Ver-tragsentwurf noch der gegenwärtigen Tagung vorzulegen.

Die Ausdehnung der Osthilfe

Berlin, 19. März. Der Ostauschuss des Reichstags be-schloß, daß die Osthilfe auf ganz Ostpreußen mit dem Stettiner Wirtschaftsgebiet, Niederpommern und die Grenz-gebiete Sachsen und Bayern ausgedehnt werden soll.

Politische Zusammenhänge

Aus Düsseldorf werden wieder schwere Zusammen-stöße zwischen Kommunisten und Polizei, aus Bremen solche zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ge-meldet. In beiden Fällen gab es eine ganze Anzahl von Verletzten.

Verbot von Umzügen und Transporten auf Kraftfahrzeugen

Hannover, 19. März. Der Oberpräsident der Provinz Hannover, Rost, hat durch eine Polizeiverordnung öffent-liche Umzüge und Transporte auf Kraftfahrzeugen und Kraft-omnibussen verboten.

Ueberfall in Rauen

Berlin, 19. März. In Rauen war ein Trupp Polizei-beamte von Kommunisten angegriffen worden, wobei mehrere Beamte verletzt wurden. Nun ist der Kaufmann Fenz, der Führer der kommunistischen Ortsgruppe und Stadtverordneter von Rauen, wegen Anstiftung und Füh-rung des Angriffs verhaftet worden.

Deutscher Reichstag

Gegen „Geheimrüstungs“-Verleumder

Berlin, 19. März.

Die zweite Beratung des Reichshaushaltsplans wird beim Haushalt des Reichswehrministeriums fortgesetzt. Der Ausschuss empfiehlt u. a. die Annahme einer Ent-schließung, wonach Angehörige des Reichsheers und der Reichsmarine nicht als Ersatz für streikende oder aus-gesperrte Arbeiter zu verwenden sind. Der Berichterstatter des Ausschusses, Abg. Stücken (Soz.) verweist die Nachrichten über geheime Rüstungen Deutschlands in das Reich der Phantasie. Die Reichstags-mehrheit würde irgend eine geheime Rüstung nicht dulden; sie habe ja jederzeit auch der „schwarzen Reichswehr“ ein Ende gemacht.

Reichswehrminister Gröner

gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß in den Verhand-lungen im Ausschuss die Reichswehr bei allen Parteien, aus-genommen die Kommunisten, Anerkennung gefunden habe. Die Wehrmacht werde von Parteien und Richtungen der verschiedenen Art umworben, um sie zu zersetzen und dann für ihre Zwecke zu gebrauchen. Ein Erfolg dieser Bemühun-gen würde Bürgerkrieg und Chaos im Gefolge haben. Aber Disziplin und Staatsgesinnung seien in der Wehrmacht fest verankert. Man könne darüber streiten, ob der Leipziger Pro-zeß dem Ansehen der Wehrmacht geschadet oder ob er nicht vielmehr reinigend gewirkt und das Vertrauen zur Wehr-macht gestärkt habe. Ueber die Frage, ob der Prozeß not-wendig war oder nicht, sollte es aber keine Meinungsver-schiedenheiten geben. Die bloße Disziplinareledung dieses Falls sei in erster Linie an dem wenig ehrenhaften Ver-halten der beteiligten Ulmer Offiziere gescheitert. Der letzte Er-lach des Chefs der Heeresleitung a. H. Hammer-stein (Entziehung des Rechts zum Tragen der Uniform) könne sachlich nicht beanstandet werden. Der Er-lach liege auf dem Boden der Anschauungen, die auch im alten Heer für das Verhalten ausgeschiedener höherer Offiziere festgehalten wurden.

Gegenüber dem Vorwurf, daß die Landbesitzerung beim Ertrag der Reichswehr bevorzugt werde, weist der Minister darauf hin, daß am 1. Januar 1930 55 v. H. Stadt- und 45 v. H. Landbesitzer waren. Der Vorwurf, daß Einkreife benachteiligt seien, werde umgekehrt auch von der äußersten Rechten erhoben. Grundsätzlich sei es das Ehrenrecht jedes Deutschen dem Vaterland als Soldat zu dienen. Aus politischen Gründen dürfen nur solche Bewerber abgelehnt werden, denen nachgewiesen werde, daß sie sich in verfassungsmäßiger, also auch in wehrfeindlichem Sinn betätigt haben. Entlassungen einzelner Führer oder Mitarbeiter von Verbänden können daher noch kein Grund zum Ausschluß aller Mitglieder derartiger Verbände oder Parteien sein. Unter keinen Umständen könnten Bewerber aus Kreisen aufgenommen werden, die sich nicht scheuen, den Soldaten für den Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht zu predigen. Der Minister verweist dann auf die dauernd steigenden Zahlen der Versorgungsämter und tritt für Verbesserungen der Sozialversorgung ein.

In der Abrüstungsfrage sei ganz Deutschland insofern einig, als wir alle von der Abrüstungskonferenz volle Gleichberechtigung erwarten und auf der Erfüllung unseres guten Willens bestehen werden. Der in der letzten Genfer Tagung festgestellte Konventionsentwurf diene der Verwirklichung und Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Mißverhältnisses der europäischen Rüstungen. Wenn der deutschen Bereitschaft zur Verständigung, die durch zahlreiche und schwerwiegende Opfer unter Beweis gestellt wurde, immer wieder die Forderung auf einseitige Entwaffnung gegenübergestellt werde, dann könne eine solche Behandlung nicht ohne Rückwirkungen auf den Willen und Glauben an die Möglichkeit einer Verständigung bleiben. Was die angeblichen deutschen „Geheimtätigkeiten“ betrifft, so bin ich überzeugt, daß die Verbände solcher Nachrichten im Ausland an dieses Märchen selbst nicht glauben. Das Trübsal an diesem Kapitel bleibt aber die Tatsache, daß diese Kreise des Auslands zum größten Teil ihr Material von Deutschen beziehen, deren Treue entweder fanatischer Haß gegen alles Militärische oder gewinnhagende Gewinnlust ist. Ich sehe nicht an, zu erklären, daß ich außerordentliche Maßnahmen gegen diese Staatsverleumdung für erforderlich halte und auch beim Reichstagsinnet bereits beantragt habe. Ich habe aber nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir alle Maßnahmen zum Schutz unserer Grenzen treffen, soweit uns das unsere schwachen militärischen Kräfte und die uns auferlegten vertraglichen Bindungen erlauben.

Abg. Dr. Leber (Soz.): Es erscheint immer bedenklich, wenn ein Kriegsminister äußere Politik mache. Der französische Kriegsminister Maginot habe eine moralische Unterscheidung zwischen Angreifern und Angegriffenen gemacht. Eine solche Unterscheidung diene dem Frieden. Schuld am Kriege sei immer der Unterlegene. Die Unterscheidung der Kriegsschuldfrage solle man den Gelehrten überlassen. Der Hauptschuldige an den Ullmer Vorkommnissen sei General von Seckl, der da meine, die Hauptsache sei, daß das Heer fest in der Hand der Führer bleibe und alles andere sei gleichgültig. Die nationalsozialistische Bewegung habe im Heer Boden gefunden.

Abg. Kippenberger (Komm.): erklärt, der Reichsmehrhaushalt sei eine Sumpfschlur in der gesamtkapitalistischen Wirtschaft der deutschen Republik.

Abg. Erling (Zit.) weist darauf hin, daß der Versailler Vertrag Deutschland nicht nur schwere Lasten, sondern auch demütigende Bedingungen auferlegt habe. Zu diesen gehöre auch die deutsche Abrüstung und die Beschränkung der Wehrmacht. Im Grund genommen seien alle Parteien für den Wehgedanken, auch die Kommunisten.

Abg. Effer (fortfahrend): Der Reichstag ist stets bestrebt gewesen, die Reichswehr zu einem zuverlässigen Machsinstrument des Staates zu machen. Die Rede des französischen Kriegsministers schätzte die militärischen Möglichkeiten Deutschlands so falsch ein, daß man eigentlich zu einem recht ungünstigen Urteil über die fachmännischen Qualitäten dieses Ministers kommen müsse. Das Material zu solcher Kriegsbegeisterung wird leider von deutschen Zeitungen geliefert, die vorgeben, dem Frieden zu dienen und von der deutschen Friedensgesellschaft finanziert werden. (Hört, hört.) Ich klage die Deutsche Friedensgesellschaft an, daß sie den Kriegsheern Material liefert und den Weltfrieden gefährdet. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Himmann (DVP.) bedauert, daß der Versailler Vertrag uns keinen ausreichenden Spielraum für die Schaffung der notwendigen militärischen Kräfte lasse und daß die Verteilung der Mittel auf Ausgaben für Heer und Marine genau vorgeschrieben ist.

Abg. Dörich (Landvolk): Zu danken sei dem Minister für die klare Zurückweisung der Ausführungen des französi-

schen Kriegsministers, die geradezu eine Verhöhnung Deutschlands dargestellt hätten. Ganz unhaltbar sei der Zustand, daß Deutschland nicht allein der aktive, sondern sogar der passive Lustschuß genommen sei.

Württemberg

Stuttgart, 19. März.

Todesfall. Generalleutnant der Artillerie Max v. Tognarelli ist hier im Alter von 76 Jahren gestorben. Er war in seiner letzten Friedensstellung Kommandeur der preussischen 14. Feldartillerie-Brigade und vorher Kommandeur des Feld-Art.-Reg. 65, während des Krieges Chef der Waffen-Abteilung im Württ. Kriegsministerium.

Wechsel im Kommando des Landjägerkorps. Der Kommandeur des württ. Landjägerkorps, Oberst Schmeier, tritt am 1. April in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird, wie schon früher gemeldet, Oberstleutnant Seeger, der bisher an der Spitze der Stuttgarter Polizei stand. Oberstleutnant Gaiser-Win wird Nachfolger von Oberstleutnant Seeger. Oberst Schmeier war 9 Jahre lang Kommandeur des Landjägerkorps. Er war aus der Kavallerie hervorgegangen.

Steuererhebung. Durch eine Verordnung des Finanzministeriums sind auf Grund von § 50 der Verfassung Württembergs die Steuererhebungen angewiesen worden, die durch das Staatshaushaltsgesetz für 1930 verwilligten Staatssteuern vom 1. April 1931 an, und wenn eine andere Verfügung nicht früher ergeht, bis zum 30. Juni 1931 auf Rechnung der neuen Verwilligung nach den bisherigen Vorschriften weiter zu erheben.

Aus dem Lande

Ehlingen, 19. März. Bau eines Arbeitsamtsgebäudes. Von der Reichsversicherungsanstalt für Arbeitslosenvermittlung ist die Mitteilung eingegangen, daß nun das neue Arbeitsamt in Ehlingen gebaut werden soll. Ueber die Platzfrage wird noch verhandelt.

Leonberg, 19. März. Erbschaftshoffnungen. Vätermelungen zufolge ist in New York, 80-jährig, eine der reichsten Frauen der Welt, Mrs. Wendel, deren Vermögen auf 40 Millionen Pfund geschätzt wird, gestorben. Ella Wendel war die letzte von sechs Geschwistern, die das „Wendel-Vermögen“, dessen Grundstein von ihrem Großvater im Pelzhandel gelegt wurde, erbte. Dieser Großvater bestimmte, daß von den Besitztümern der Familie niemals etwas verkauft werden dürfe. Dieser Tage weilen zahlreiche Träger des Namens Wendel hier, um Nachforschungen nach dem Stammbaum des Geschlechts der Wendel zu betreiben. Hoffentlich klappt's!

Kornwestheim, 19. März. Salamander-Jubiläum. Stadterhebung. Vor 40 Jahren wurde in der mechanischen Schuhwerkstätte der Gebr. Sigle in der Jakobstraße hier die erste Dampfmühle aufgestellt. Die aus diesem Betrieb entstandene Welfirma „Salamander AG.“ kann also ihr 40-jähriges Jubiläum feiern. Wie man hört, soll aus diesem Anlaß die Dorfgemeinde Kornwestheim zur Stadt erhoben werden. Der Tag ist noch nicht bestimmt.

Spraitbach, 19. März. Frecher Diebstahl. Am Dienstagabend drang in die Wohnung des ledigen Bürgermeisters Hägele ein 18-jähriger Burke ein, obwohl sich der Wohnungsinhaber in dem darunter liegenden Kattzimmer aufhielt. Durch den Einbruch und hergeleiteten Lichtschein aufmerksam gemacht, durchsuchten Vorübergehende die Wohnung und entdeckten den Dieb im verschlossenen Abort. Die vermiste goldene Uhr fand man in einer Bindung der Abortröhre.

Langenburg, 19. März. Gerabronn, 19. März. Vermählung. Die Vermählungsfeierlichkeiten des Erbprinzen von Hohenzollern-Langenburg mit der griechischen Königin Sophia finden am 20. April im hiesigen Schloss statt.

Walenhof, 19. März. Landesverband der Gipfer- und Stuckateurmeister. Am 16. März d. J. fand im Hotel Löwen eine Bezirksversammlung des Landesverbands der Gipfer- und Stuckateurmeister Württembergs (Bezirk Oberschwaben) statt. Der Landesverbandvorsitzende, Julius Rant-Stuttgart, schilderte die trostlosen Verhältnisse, insbesondere auch die Preisabwärtung und damit zusammenhängend Vergebungsweisen, Arbeitsbeschaffung, Bezahlungs- und Prüfungsweisen. Im trassen Gegensatz zu

den vorgenannten Erläuterungen und der allgemeinen Wirtschaftslage steht die Behandlung der Frühjahrsvoranlage seitens der Finanzämter. Die Versammlung nahm einstimmig den Anschluß an den neugegründeten Landesverband des Württ. und Hohenz. Handwerks an. Einstimmig war man der Auffassung, daß die Löhne ab 31. März 1931 stark abgebaut werden müssen, um sich einigermaßen den übrigen Wirtschaftsgruppen anzupassen. Auch die Urlaubs- und Bezahlungsfrage soll in ein anderes Stadium gerückt werden.

Von der bayerischen Grenze, 19. März. Giftmischerprozess. Vor dem Schöffengericht in Neuburg a. d. D. hatte sich die Landwirtsehefrau Anna Reimer aus Bechingen bei Dillingen wegen Giftmischerie zu verantworten. Die 33 Jahre alte Frau hatte Beziehungen zu einem früheren, 25 Jahre alten Dienstknecht unterhalten, die nicht ohne Folgen geblieben sein sollen. Eines Tages fand Reimer in der ihm von seiner Frau vorgelegten Schüssel zwei Stücken Essensvorrat. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr Zuchthaus gegen die Frau beantragt. Das Gericht sprach sie aber aus Mangel an Beweisen frei.

Aus Stadt und Land

Nagold, den 20. März 1931.

Das Alter soll ebenso glücklich sein wie die Kindheit, ebenso still, einfach und heiter.

Schlußprüfung an der Realschule mit Lateinabteilung Nagold.

Am 18. ds. M. fand der mündliche Teil der diesjährigen Schlußprüfung statt. Hierbei erhielten das Zeugnis der mittleren Reife folgende Schüler(innen): Armbruster, Helene, Altmeyer, Bach, Karlheiner, Nagold; Bienz, Johanna, Nagold; Dambach, Helde, Nagold; Dannemann, Frieda, Altmeyer; Dürr, Paul, Sult; Hartmann, Albert, Pfalzgrafenweiler; Jäger, Manfred, Nagold; Hermann, Otto, Nagold; Kalmbach, Otto, Altmeyer; Kirn, Karl, Altmeyer; Knecht, Hedwig, Ebdhausen; Kraft, Marianne, Nagold; Lang, Hildegard, Nagold; Schwarz, Else, Nagold; Stähle, Charlotte, Wildberg.

Vom Rathaus

Der Postneubau genehmigt — Nagold wird wieder einmal „musikalisch“

Gemeinderatsitzung vom 18. März 1931.

Anwesend: Der Vorsitzende, Bürgermeister Maier und 14 Stadträte. Abwesend: Die Stadträte Raaf und Strenger.

Mitteilungen: Die in der letzten Zeit getätigten Holzverkäufe werden mitgeteilt und die Ergebnisse genehmigt. — Zu der gegenwärtigen im Gang befindlichen **Katzenarbeit** hat das Arbeitsamt eine Abzugszahlung von 2050.— RM. verwilligt. Dem Martin Martini, Rehger in Nagold, ist durch Beschluß des Bezirksrats vom 10. ds. Mts. die dingliche Gastwirtschaft im Gasthaus zum „Baldhorn“ verliehen worden. — Bei der Stadtpflege hat der Vorsitzende einen unermuteten Kassensatz mit Nachrechnung vorgenommen, der keine Anstände ergeben hat.

Ortsfürsorgebehörde und Ortsfürsorgeauschuss: Nach Art. 335 der am 1. Dezember 1930 in Kraft getretenen neuen Gemeindeordnung haben die ersten Ortsgeleitlichen der in der Stadt vertretenen Religionsgesellschaften, welche Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, oder ihre Stellvertreter, sich und Stimme in der Ortsfürsorgebehörde und im Ortsfürsorgeauschuss. Da die Bischöfliche Methodistenkirche, die in Nagold eine Gemeinde hat, in Württemberg durch das Staatsministerium am 11. März 1924 (Reg.-Bl. S. 260) die Rechtsstellung einer öffentlichen Körperschaft verliehen erhalten hat, ist Pred. Schmeißer oder sein Stellvertreter in der hiesigen Methodisten-Gemeinde kraft Gesetzes Mitglied der Ortsfürsorgebehörde und des Ortsfürsorgeauschusses. Dies wird auf Ansuchen der Methodisten-Gemeinde festgestellt.

Einführung der Bürgersteuer: Nach der Bekanntmachung der Ministerien des Innern und der Finanzen ist der Durchschnittsumlagefaktor der Gemeinden des Landes auf 19 Prozent berechnet worden. Nach § 6 der Verord-

Die vom Rauhen Grund

VON PAUL GRABEIN

(Nachdruck verboten).

(Fortsetzung 44)

Ehe sie es noch hindern konnte, hatte er sie schon an sich gerissen. Ein heftiges Aufjucken bei ihr, dann erstarrt ihr Widerstand. Schwer atmend lag sie an seiner Brust. Die Augen geschlossen. Und während seine Lippen ihre Lippen leugten, ging es durch sie hin. Ein Lösen qualvoller, verzehrender Spannung, ein unhörbares Aufjauchzen befreitsten Ehrgeizes. Also nun doch am Ziel!

Aber wie seine Liebskungen dann immer weiter auf sie einströmten, atem- und sinnberaubend, da versank ihr langsam dies klare, verstandesfähige Bewußtsein. Der lothard Brand sprang über auf sie. Nun war er der ihre — nach dessen harter, herrlicher Mannheit sie sich so lange gelehnt! Ein Jittern lief durch ihre Glieder, die bisher wie betäubt seine Umarmung nur gebuldet hatten, und plötzlich warf sie sich ihm entgegen. Ihre eigene Leidenschaft erwachte. Sie suchte und fand ihn.

Gerhard Bertich schlug die Augen auf. Schon voller Tag? Verwundert blickte er auf die Uhr neben seinem Bett. Wie kam das? Sonst sah er um diese Zeit doch schon längst droben in seinem Bureau.

Seine Rechte rühr langsam über die Stirn. Ein dumpfer Druck lag da. Wie nach einem schweren Gelage. Er mußte einen biesternen Schlaf gehabt haben. Was war denn nur gewesen gestern?

Aber plötzlich fuhr er empor. Seine Augen starrten ins Leere.

Dann warf er den Arm vor Gesicht, als wollte er einen schrecklichen Anblick abwehren, und schwer sank er in die Kissen zurück.

So lag er lange, Geschüttelt wie von Fieberchauern. Abwehrnd ein Kissen gegen sich selber, daß er die gebenden Hände nicht hätte gegen die Stirn schmettern mögen, und dann wieder völlige Gebrochenheit. Verpfuscht hatte er sich sein Leben in dieser ungeligen Stunde gestern.

Er selber! Mit grauamter Klarheit überlag er es heute, wo sein blinder Zorn auf Ege vertraut war. Der Zorn mit ihr war an sich nicht unheilbar gewesen. Er erst hatte ihn dazu gemacht. Denn darüber, was dann nachher geschah, kam sie natürlich niemals hinweg. Und selbst, wenn sie es vermocht hätte — es half nichts mehr. Marga Reich hatte ein Recht auf ihn seit dieser Stunde gestern. Es gab kein Zurück mehr, wollte er nicht wie ein Erisler handeln. Also vorbei!

In stumpfer Bewegungslosigkeit lag Bertich so. Endlich aber mahnte ihn das Schlagen einer Uhr im Hause: Das Leben ging weiter, trotzdem — seinen gewohnten Gang. Da erhob er sich und kleidete sich an.

Gerade als er fertig war, klopfte es an seiner Wohnzimmertür. Er ging hin und öffnete. Der Briefträger mit der Morgenpost. Gleichzeitig nahm er die Eingänge und warf sie auf den Tisch. Aber da fiel ein einzelner Brief zu Boden. Er hob ihn auf, und seine Hand zuckte zusammen — Ekes Handschrift.

Eine Weile stand er, das geschlossene Kuvert in der Hand, als enthielt es eine Entscheidung über Leben und Tod. Dann riß er es mit einem Ruck auseinander und las nun den Brief:

Lieber Gerhard!

Schwere Stunden liegen hinter mir. Aber nun ist es wieder ruhig und klar in mir. Es fällt mir nicht ganz leicht, an dich zu schreiben. Was sich zwischen uns gestellt hat, das ist so etwas Besonderes, daß es mir schwer wird, Dir davon zu sprechen.

Ich bin eine eigene Natur, Gerhard. Vielleicht, weil ich so ganz anders als Mädchen schon hier aufgewachsen bin, einsam und mir selber überlassen. Ich weiß wohl, es ist manches Schrofne an mir, und mein Selbstbewußtsein lehnt sich leicht auf. So ging es mir auch in diesem unglücklichen Augenblick. Und überdes — ich war so verwirrt, erschreckt. Du wirst das gewiß schwer begreifen; aber vielleicht rechnet das auch zu den Besonderheiten meiner Natur.

Nun, wie dem auch ist, ich sage mir nun, wo ich wieder ruhiger geworden bin, selber, daß ich zu schroff gegen Dich gewesen bin. Besonders mit jenem einen häßlichen Wort. Es tut mir jetzt aufrichtig leid, Gerhard. Verzeih es mir! Es war nur in der Erregung geiprochen, und gern machte ich es ungeschehen. Und ganz besonders schmerzt mich bei allem der Gedanke, daß gerade der Tag, wo Du mich teilnehmen ließe an dem höchsten, das Dich bewegt, wo ich Dir nah kam wie noch nie, daß dieser schöne große Tag nun einen solch trüben Ausgang gefunden hat.

Aber wir müssen darüber hinwegkommen, Gerhard. Und so bald wie möglich, nicht wahr? Heute nachmittag will ich noch einmal hinauf zum Buchenhof. Den Rückweg nehme ich über den Fischbader Weiher. Dort kannst Du mich also treffen. Laß uns dann alles vergessen!

Herzlich Deine Ete“.

Bertichs Rechte, die das Schreiben hielt, begann zu zittern. Noch einmal drach er los. Ein rasendes Wüten gegen sich selber. Der Brief in seiner zusammengekrampften Faust ward zu einem festen Knäuel.

Dann aber kam eine harte Ruhe über ihn. Eine eifige, hohnvolle Selbstverachtung. Was sollte das Toben? Nun hinterher!

Da strich er den Brief in seiner Hand wieder glatt und jerrt ihn dann in hundert winzige Fetzen. Langsam flatterten sie in den Papiertorb — zu spät.

(Fortsetzung folgt).

UNIVERSITY OF NORTH CAROLINA

Paris, 26. März. Der Schnellzug Paris-Bordeaux, der die Hauptstadt um 19.32 Uhr verläßt, ist auf dem Bahnhof Etampes eine Stunde von Paris entfernt, aus noch

